

# Streit um die Windkraft in NRW

■ Von Hilmar Riemenschneider

**Düsseldorf** (WB/hir). Der Schlagabtausch zwischen der Landesregierung und dem Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) über den richtigen Kurs beim Windkraftausbau nimmt an Schärfe zu. Mit einem sieben Seiten langen offenen Brief an den LEE-Vorsitzenden Reiner Priggen (Grüne) wehrt sich NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) gegen dessen Vorwurf, das Land streiche zwar gerne die Strukturhilfen für den Kohleausstieg ein, bremse aber zugleich den damit festgeschriebenen Windkraftausbau aus. Die Kritik sei schlicht falsch. Tonfall und Länge des Schreibens verraten dabei: Der Minister war mächtig sauer. Denn Priggen hatte seine Kritik direkt bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) abgeladen.

Der Satz, der Pinkwart auf die Palme brachte: »Die Landesregierung nimmt gerne die 15 Milliarden Euro Strukturmittel, aber sie ist an dem unverzichtbar dazu gehörenden Ausbau der erneuerbaren Energien und damit an einer 1:1-Umsetzung des Kohlekompromisses nicht interessiert, sondern arbeitet gegen den Kompromiss der Kommission.« Priggen begründet das mit dem von CDU und FDP im Landesentwicklungsplan verankerten Mindestabstand von 1500 Metern zwischen Windkraftanlage und Wohngebieten sowie dem abgeschafften Vorrang für Windräder im Wald. Dem Wirtschaftsminister warf er Heuchelei vor.

Über Wortwahl und Inhalt sei er irritiert, schreibt Pinkwart in dem dieser Zeitung vorliegenden Brief. Ihn trifft der Vorwurf persönlich, weil er den Kohlekompromiss für das Land mitverhandelt hat. Mit dem Kohleausstieg habe sich die Landesregierung ehrgeizige Ziele gesetzt. Sie wolle die installierte Leistung bei Windenergie in den kommenden Jahren von 5,4 Gigawatt (Stand 2018) auf 10,5 fast verdoppeln, spätestens 2035 sollen 12 Gigawatt installiert sein. Die Landesregierung werde den Kohlekompromiss 1:1 umsetzen.



Windräder im Paderborner Land. Foto: Jörn Hannemann